

# Vorwort

Als Ende 2016 Donald Trump amerikanischer Präsident wurde, liefen im Fernsehen sehr viele politische Talkshows zu dieser Thematik. In einer Talkshow sagte ein Journalist sinngemäß: Es werde alles nicht so schlimm werden; schließlich wurde in den 1980er Jahren ein gewisser Schauspieler, Ronald Reagan, amerikanischer Präsident, und das hat uns auch nicht geschadet. Diese Aussage blieb von den anderen Diskussionsteilnehmern leider unwidersprochen. Ronald Reagan war der amerikanische Türöffner, der die neoliberale Wirtschaftspolitik erst ermöglicht hat; auf britischer Seite war es Margaret Thatcher, die im Mai 1979 zur Premierministerin gewählt wurde. Sie formuliert: »there is no alternative« und meinte, dass es keine Alternative zur neoliberalen Welt gibt.

Während vorhergehende Regierungen auf nachfrageorientierte Wirtschaftspolitik ausgerichtet waren, vollzog Reagan den Wechsel zu einer angebotsorientierten Wirtschaftspolitik, das war das Ende des Keynesianismus. Ziel war es, die Produktions- und Wachstumsbedingungen der Anbieter zu stärken. Dieses wirtschaftliche Prinzip basiert auf der sogenannten Trickle-Down-Theorie, die davon ausgeht, dass wohlhabende Schichten der Bevölkerung den Wohlstand an untere Gesellschaftsschichten weitergeben; es handelt sich hier um einen »Durchsickerungseffekt.« Wohlstandsstiftende Effekte werden weitergegeben an die Einkommensschwachen. Man muss die Wohlhabenden immer reicher machen, dann bleibt auch noch etwas für die Armen übrig. Eine sozialstaatlich geleitete Umverteilungspolitik ist in diesem Fall nicht mehr erforderlich.

Das war der Startschuss für eine neoliberale Wirtschaftspolitik, deren Konsequenzen bis in die heutige Zeit reichen. Aus diesem Grund ist die Aussage, dass Ronald Reagan niemandem geschadet hat, und dass Donald Trump ebenfalls nicht so viel anrichten wird, vollkommen verfehlt. Man muss den gesamten Entwicklungsprozess betrachten.

Zunächst ist das Buch »Kapitalismus und Freiheit« von Milton Friedman (1912–2006) zu nennen. Dieses Buch ist im Jahre 1962 erschienen und liefert die wissenschaftliche Grundlage der neoliberalen Wirtschaftspolitik. Erstens: Alle oder fast alle Regeln und Regulierungen sollen gestrichen werden. Die Regierungen sollen dafür Sorge tragen, dass eine freie Akkumulation von Gewinnen erfolgen kann (Deregulierung). Zweitens: Der Staat soll alles oder fast alles verkaufen. Profitorientierte Unternehmen erledigen die Aufgaben besser (Privatisierung). Drittens: Der Staat soll die Sozialausgaben erheblich reduzieren und die Steuern senken (Liberalisierung).

Das »Experiment der neoliberalen Wirtschaftspolitik« wurde erstmals in den 1970er Jahren in Chile gewagt. Am 11. September (!) 1973 putschte das Militär in Chile, mit politischer und finanzieller Unterstützung der USA, den demokratisch gewählten Präsidenten Salvador Allende aus dem Amt. Danach wurde der chilenische General und Diktator Augusto Pinochet, der maßgeblich von den USA gefördert wurde, als Präsident installiert. Pinochet war Vorsitzender der Militärjunta, und eine enorme Zahl von Menschenrechtsverletzungen und mehrere Tausende Ermordete gingen auf sein Konto. Im Jahre 1975 besuchte Milton Friedman das Land. Anschließend wurden die wichtigsten Ministerien mit den sogenannten Chicago Boys besetzt. Die Mitglieder der Chicago Boys waren Ökonomen, die der neoliberalen Denkschule des Milton Friedman sehr nahe standen. Jetzt wurden erstmalig die oben genannten wirtschaftsliberalen Reformen umgesetzt. Die Sozialausgaben wurden gekürzt und die staatlichen Betriebe privatisiert. Die restriktive Geldpolitik führte

anschließend zu einer Inflationsverringerung, im Gegenzug schnellten die Arbeitslosenquote und die damit verbundenen sozialen Probleme nach oben.

Die neoliberale Wirtschaftstheorie wurde durch die Verleihung des Nobelpreises für Wirtschaftswissenschaften an Friedrich August von Hayek (1899–1992) im Jahre 1974 und an Milton Friedman im Jahre 1976 aufgewertet. Der eigentliche Prozess begann aber Anfang der 1980er Jahre. Die Ökonomie der Chicagoer Schule, begründet durch Milton Friedman, wird, ähnlich einer fundamentalistischen Glaubensrichtung, als geschlossenes System begriffen. Die Ausgangssituation besagt, dass freie Märkte perfekte, wissenschaftliche Systeme sind. Da alle Marktteilnehmer individualistische Eigeninteressen verfolgen, wird für die gesamte Gemeinschaft ein größtmöglicher Gewinn erzeugt. Falls es in diesem System zu Ungleichgewichten (zum Beispiel hohe Inflation oder Arbeitslosigkeit) kommt, liegt die Ursache darin, dass die Märkte nicht wirklich frei sind. Die Freiheit wird durch die Einmischungen des Staates und Nichteinhaltung der Prinzipien der Chicagoer Schule (Deregulierung, Privatisierung, Liberalisierung, Steuererleichterungen und Zurückfahren der Sozialausgaben) behindert. Die Lösung der Chicagoer Schule ist immer gleich: Die fundamentalen Prinzipien müssen noch gründlicher durchgesetzt werden. Wenn der Markt nicht funktioniert, liegt es an der mangelnden Freiheit; der Freiheit, Regulierungen und Steuern zu umgehen und Staatsgrenzen zu ignorieren.<sup>1</sup>

Milton Friedman hielt nicht viel von den Organisationen Internationaler Währungsfonds (IWF) und Weltbank, da sie den freien Markt stören. Trotzdem beschlossen genau diese Organisationen, die Grundsätze von Friedman zu übernehmen. Die Weltbank und der IWF beschlossen 1989 den sogenannten Washingtoner Consensus. Die Chefökonominnen dieser Organisationen propagierten die wirtschaftspolitischen Ziele Friedmans.

»Zu diesen – als technisch und unstrittig dargestellten – Grundsätzen zählen unverhohlenen ideologische Behauptungen wie ›alle Staatsunternehmen sollten privatisiert werden‹ und ›Barrieren, die den Marktzugang für ausländische Firmen behindern, sollten abgeschafft werden.«<sup>2</sup>

Damit begann der eigentliche Kreuzzug der Chicagoer Schule um die ganze Welt.

Der in den 1980er Jahren begonnene Prozess beschleunigte sich in den 1990er Jahren. Die Märkte wurden nun im großen Umfang weltweit privatisiert, dereguliert, entstaatlicht und liberalisiert. Die Optimierung der langfristigen Unternehmenssubstanz durch den Stakeholder-Value-Ansatz wurde aufgegeben zugunsten des Shareholder-Value-Ansatzes (der Marktwert des Eigenkapitals). Dies wirkte sich auf die Geschäftspolitik vieler Unternehmen aus. Die Bilanzierungspraxis wurde geändert, Managergehälter wurden gewinnorientiert ausgerichtet, und im Übrigen orientierte man sich an kurzfristigen Gewinnerwartungen und Quartalszahlen.

Seitdem begannen viele Staaten die Steuern massiv zu senken; die Spitzensteuersätze sind kontinuierlich nach unten korrigiert worden, in der Hoffnung, dass sich Selbstfinanzierungseffekte einstellen. Jonathan Swift (1667–1745) beschrieb diesen Sachverhalt schon 1728 in seinem sogenannten »Steuereinmaleins«: Wenn der Steuersatz sinkt, führt das zu höheren Gewinnen in den Unternehmen. Diese zusätzlichen Gewinne können dann für Investitionen genutzt werden. Die Folge ist ein Wachstum der Wirtschaft. Dadurch werden mehr Steuereinnahmen generiert »als durch die vorherige Steuersenkung verloren gehen«.<sup>3</sup> Diese wissenschaftlich umstrittene These wurde in den 1970er Jahren durch den US-Ökonomen Arthur B. Laffer<sup>4</sup> finanzwissenschaftlich untersucht und in den 1980er Jahren durch Ronald Reagan wirtschaftspolitisch umgesetzt. Am Ende der Reagan-Ära stand die US-Administration vor einem enormen Berg von Schulden. Die Staatsschulden sind in Amerika explodiert. Die öffentlichen Haushalte erlitten massive Einnahmeverluste mit der Folge, dass das ame-

rikanische Haushaltsdefizit von circa 600 Milliarden Dollar (1981) auf über 18.000 Milliarden Dollar (2017) angestiegen ist.

Die These der neoliberalen Ökonomen, dass durch Steuersenkungen die Investitionsbereitschaft der Unternehmen zunimmt, kann wissenschaftlich nicht bestätigt werden. Investitionen sind nur marginal von der Besteuerung und auch von der Höhe der Zinsen abhängig. Beispielsweise wird ein Taxi-Unternehmen, das bereits drei Taxen besitzt, ein viertes Taxi nur anschaffen, wenn es einen Gewinn verspricht. Wenn langfristig ein auskömmlicher Gewinn erzielt werden kann, wird kein Unternehmer auf den Gewinn verzichten, weil die Besteuerung des Profits statt 30 Prozent nun beispielsweise 42 Prozent beträgt. Auch belegen mehrere Untersuchungen des Handelsblatts, dass die Eigenkapitalquoten der deutschen Unternehmen erfreulicherweise tendenziell wieder steigen. Einerseits wird das Haftungskapital erhöht, andererseits ist dies ein Hinweis darauf, dass die Unternehmen ihre Gewinne einbehalten und sparen und eben nicht investieren. Die *panama papers* und die *paradise papers* weisen nach, dass etliche Unternehmen ihre Gewinne steuersparend in Steueroasen unterbringen. Außerdem ist es zweifelhaft, wenn Unternehmer behaupten, sie wollen Arbeitsplätze schaffen, denn es gibt nur einen Grund eine Investition vorzunehmen: der erwartete Gewinn. Investitionen schaffen auch nicht per Definition Arbeitsplätze, häufig werden Arbeitnehmer beispielsweise durch Industrieroboter ersetzt. Der Irrtum der neoliberalen Steuerpolitik besteht darin, dass die Investitionsbereitschaft der Unternehmen keineswegs abhängig von der Höhe des Steuersatzes ist. Es steigt lediglich die Staatsverschuldung und zusätzliche Wachstumsimpulse bleiben aus.<sup>5</sup>

Diese neoliberale Wirtschaftspolitik ist seit Ronald Reagan immer weitergeführt worden. Der damalige Präsident der US-Zentralbank Federal Reserve (Fed) Alan Greenspan deregulierte in den 1990er Jahren die Bank- und Wertpapiermärkte in Amerika. Auch Bill Clinton beteiligte sich im Jahr 1999 durch die Aufhebung des Glass Steagall

Acts an diesem Prozess. Mit dem Gramm-Leach-Bliley Financial Services Modernization Act wurde die Deregulierung durchgeführt und der Glass Steagall Act abgeschafft.

Um die Bankkunden zu schützen, wurde der Glass Steagall Act bereits im Jahr 1933, zur Rettung der Banken im Rahmen der großen Depression, in Amerika eingeführt. Er sah eine strikte Trennung des Kreditgeschäfts mit Privatkunden vom Investmentbanking vor. Barack Obama machte den von Bill Clinton durchgeführten Prozess durch den Dodd Frank Act wieder rückgängig. Damit war das 1933 eingeführte und erfolgreiche Trennbankensystem wiedereingeführt. Durch Donald Trump erreichte dieser Prozess einen weiteren Höhepunkt, denn er schaffte den Dodd Frank Act wieder ab. Damit besteht das Trennbankensystem in Amerika nicht mehr und somit wurden die Risiken für eine nächste Finanzkrise erhöht.

Die oben genannten Prozesse (Privatisierung, Deregulierung, Liberalisierung, freie, sich selbst heilende Märkte und der sogenannte schlanke Staat) sind mittlerweile nicht nur in der gesamten westlichen Welt fest verankert und gehören zum Wirtschaftssystem bzw. zur Marktwirtschaft; auch Russland und China sind, in einigen Bereichen, mit von der Partie. Seit der Einführung der neoliberalen Ökonomie in den 1980er Jahren erleben wir ständig neue Krisen. Es begann mit dem Börsenkrach 1987, dann kam 1994 das Rentenmarktdebakel hinzu, 1998 die Russlandkrise und anschließend platzte im Jahre 2000 die Dotcom-Blase.<sup>6</sup> Den traurigen Abschluss bildete die Finanzmarktkrise im Jahre 2007. Es zeichnen sich die nächsten Krisen dieses Wirtschaftssystems ab.

Die Schul- und teilweise auch Studienbücher übernehmen sukzessive die Inhalte der neoliberalen Ökonomie, Kritik wird nicht geübt und andere wirtschaftswissenschaftliche Zusammenhänge werden verdrängt bzw. nicht mehr unterrichtet. Heute findet der ökonomische Unterricht kompetenzorientiert statt. Leider können sich Schülerinnen und Schüler, Studentinnen und Studenten und mittlerweile auch einige Lehrer kaum noch vorstellen, dass es zweck- und ver-

wertungsfreie Inhalte von Bildung gibt. Wettbewerb um Leistungsnachweise, Aneignung und Speicherung von Wissen haben immer weniger mit Bildung zu tun. Da Wissen zunehmend vom Smartphone abgerufen wird, entfernen wir uns von der Bildungsgesellschaft. Die herkunfts- und geschichtslose Wissenskonsumgesellschaft<sup>7</sup> steht in den Startlöchern. Die Reformen des deutschen Schulsystems haben bewirkt, dass Bildung in Informationen transformiert wird und somit eine Entkoppelung von Wissen und Denken stattfindet. Die geforderte Digitalisierung der Schulen und Hochschulen führt dazu, alles zu wissen, aber nichts zu verstehen. Bildung ist aber die beständige Suche nach Wahrheit. Das impliziert, dass die Skepsis und das kritische Urteilsvermögen kontinuierlich wachgehalten werden müssen. Unter den Bedingungen der Wissensvermittlung des Internets gedeihen keine ausgewogenen ökonomischen, politischen und gesellschaftlichen Meinungen, sondern nur spontane, emotionale und einseitige Parteinahmen. Damit kritische Reflexionen und Diskussionen über ökonomische Inhalte wieder stärker in den Fokus geraten, müssen beständig Fragen gestellt werden.

Gibt es in der Ökonomie überhaupt »Marktgesetze«? Garantieren die Märkte den »Wohlstand für alle«? Sind »Marktgesetze« konstant und überall gleich? Wie sind Märkte entstanden? Muss man sich mit der Geschichte und den »alten« Ökonomen überhaupt beschäftigen? Haben wir eigentlich noch eine Soziale Marktwirtschaft? Was sind die Kernaussagen der neoliberalen Volkswirtschaftslehre? In welchem Kontext stehen diese Aussagen und wie sind sie zu bewerten? Warum hängt das gesamte Leben und die komplette Ökonomie an einem Stoff – Kohlenstoff?